

# Die Rote Fahne

## Zentralorgan des Spartacusbundes

Redaktion und Expedition: SW 11, Schulgäßchen Straße 40/41  
Fernsprecher: Amt Lüchow 4313 und 4314

Schriftleitung:  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementspreis monatlich 1,50 M.  
Zugabezeitung: die Tageszeitung Sozialistische Welt 75 Pf.,  
im Restbetrag 3,00 M.  
Kleine Anzeigen Ueberschriftszeile 30 Pf., jede weitere Zeile 15 Pf.

### Richtlinien für die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands.

Berlin, 24. November. (W. Z. B.)

An die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands!  
Der Volksgewalt des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates hat nach Verständigung mit dem Volksbeauftragten des Reichs und Preußens die exekutive Regierungsgewalt übertragen. Er hat sich aber das weitestgehende Kontrollrecht über die Regierung vorbehalten. Die Regierung kann ihre Verwaltungsaufgaben nur dann erfüllen, wenn ihre Maßnahmen nicht durch Eingriffe lokaler Arbeiter- und Soldatenräte durchkreuzt werden. Diese Arbeiter- und Soldatenräte haben in ihrem Tätigkeitsgebiet gleichfalls das volle Kontrollrecht; sie haben dafür zu sorgen, daß die revolutionären Errungenschaften gesichert und ausgebaut werden. Sie haben sich aber im Allgemeinen jeden direkten Eingriffes in die Verwaltung zu enthalten. In der letzten Zeit haben Arbeiter- und Soldatenräte aus rein lokalen Gesichtspunkten heraus selbständige Verfügungen in Angelegenheiten des Ernährungswesens und der Rohstoffversorgung usw. getroffen. Dadurch werden aber die Maßnahmen der Regierung wirkungslos gemacht. Die Regierung hat unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Verkehr (Eisenbahn usw.) für das ganze Reich einheitlich geregelt, die Ernährung und die Rohstoffversorgung für das ganze deutsche Volk gesichert wird, und das umso mehr, als die Demobilisierung an den ganzen Verwaltungsapparat ungeheure Anforderungen stellt.

Wir bitten daher die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches, im Interesse der Gesamtheit folgende Richtlinien beachten zu wollen:

1. Wo sich die Behörden in den Dienst des neuen Regimes gestellt haben, ist die Führung der Geschäfte im engeren Sinne ihnen möglichst zu überlassen. Nur die für den Geist des Ganzen entscheidenden Stellen sind, im Einverständnis mit der revolutionären Regierung, neu zu besetzen, wenn eine scharfe Kontrolle nicht ausreichend erscheint. Im übrigen ist eine laufende nachsichtige Kontrolle, verständlich angelegt, einzurichten. Alle störenden Eingriffe in die Verwaltung selbst müssen unterbleiben.
  2. Verhaftungen dürfen nur in dringenden Fällen unter Verständigung mit den dafür maßgebenden Stellen erfolgen, soweit es sich nicht um Maßnahmen im schweblichen Ordnung- und Sicherheitsdienst handelt.
  3. Beschlagnahmen irgend welcher Art (Lebensmittel, Rohstoffe, Kohlen, Gelder) dürfen nur im Einverständnis mit den maßgebenden Stellen erfolgen. Eine Beschlagnahme von Lebensmitteln oder lagernden Vorräten, die für Kommunalverbände und sonstige öffentlichen Körperlichkeiten anderer Orte oder für das Heer bestimmt sind, darf unter keinen Umständen erfolgen.
  4. Eine Beschlagnahme öffentlicher Kassen die im Einverständnis mit der Regierung des Reiches oder der Einzelstaaten den Gemeindevormalungen oder sonstiger öffentlichen Körperlichkeiten verfallen sind, ist alsbald unzulässig, ebenso jeder willkürliche Einriff in Bankdepots.
  5. Alle Einriffe in den Schiffahrts-, Eisenbahn- und Postverkehr müssen absolut unterbleiben.
- Für die Zeit der Demobilisierung haben die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden ihre Aufmerksamkeit auf folgende Maßnahmen zu lenken:
1. Sorge für die Einquartierung.
    - a) Bereitstellung öffentlicher Gebäude für geschlossene Formationen.
    - b) Bereitstellung von Privatwohnungen, die in erster Linie für Frauen in Betracht kommen.
    - c) Bereitstellung leerer Geschäftsräume u. a. für wohnungslose Familien.
    - d) Bereitstellung von Betten, Bettstellen und dergl.
  2. Ernährungsfragen.
    - a) Einrichtung von Molkereieinrichtungen.
    - b) Einrichtung von Feldküchen u. a. an allen größeren Bahnhöfen.
  3. Gesundheitliche Maßnahmen.
    - a) Einrichtung von Bädern und Entlausungsanstalten.
    - b) Einwirkung auf die entlassenen Kriegsteilnehmer ärztliche Untersuchung im Anspruch zu nehmen.
    - c) Verweisung kranker Soldaten an die Lazarette.

- d) Aufklärung über Krankheiten und Ansteckungsgefahr (Poliak).
  - e) Den Anordnungen des Sanitätsamtes betr. Euchtungsgefahr ist unbedingt Folge zu leisten.
4. Arbeitsregelung.
- a) Verweisung der arbeitslosen Kriegsteilnehmer und Rüstungsarbeiter an die Arbeitsnachweise (Poliak).
  - b) Einwirkung auf die Arbeitslosen, sich bei der im Augenblick dringend erforderlichen Landarbeiten, insbesondere der Kartoffel- und Rübenerrnte, zu beteiligen.
  - c) Hinweis der Arbeitslosen auf die Beteiligung an der dringend erforderlichen Be- und Entladungsarbeit der Güterzüge.
  - d) Für die bestehenden Kriegsbetriebe gilt als oberster Grundsatz:  
Kein Mann und keine Frau darf arbeitslos werden. Betriebe haben sich so schnell als möglich auf Friedensarbeit umzustellen. Eine Stilllegung der Betriebe soll vermieden werden. Den Anordnungen des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisation ist Folge zu leisten.

5. Allgemeines.
- Hinweis der heimkehrenden Soldaten darauf, daß der ordnungsgemäße Militärtransport mit der geschlossenen Formation und die vorchriftsmäßige Entlassung für sie folgende Vorteile bringt.
1. Unentgeltliche Verabfolgung eines Entlassungsanzuges.
  2. 50-Mark-Entlassungsgeld.
  3. Mariagegeld.

Berlin, den 23. November 1918  
des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin.  
Richard Müller, Brutus Mollenhuth, Bergmann, Felix Bernhagen, Franz Bichel, Max Cohen, Ernst Kämitz, Heinrich Denede, Paul Edert, Ed. Geiberg, Gerth, Gustav Heller, Ernst Jülich, Georg Koberow, Max Menz, Ernst Nohlsch, Hermann Müller, Paul Neundorff, Osch, Hans Paasche, Walter Portner, Colin Rob, Oskar Ruck, Otto Strobel, Friedrich Trippe, Wetz, Pau, Wegmann.  
Die Delegierten: en Bedens, Kraker, Paer.  
Der Delegierte Bayerns: Schwich.

### Letzte Nachrichten. Eine Drohnote der Entente an die revolutionäre Ukraine.

Kiew, 23. November. (W. Z. B.) Der französische Konjul Ennot überbrachte von Odessa aus der ukrainischen Regierung Erklärungen der Ententemächte, in denen es heißt: Die Ententemächte beabsichtigen, die Regierung des Heimats zu unterstützen, in der Hoffnung, daß sie die Ordnung bis zur Ankunft der verbündeten Truppen aufrecht erhält. Die Ententetruppen kommen nicht als Feinde und Unterdrücker, sondern als Freunde des Volkes. Alle mögen Ruhe halten und zur Arbeit zurückkehren. In Bezug auf das gesamte Südrussland erklären die Ententemächte den unbefugten Willen, die Ordnung aufrecht zu erhalten. In kürzester Zeit werden die Ententetruppen in genügender Stärke die Aufgabe übernehmen. Den Führern von Parteien und Organisationen, einerlei welcher Richtung, wird die volle persönliche Verantwortung auferlegt für jeden Versuch, Unruhe oder Anarchie zu stiften.

Die Pfaffen von der Aufrechterhaltung der „Ordnung“ täuschen niemand mehr. Die Tatsachen sind klar: Ententetruppen lösen die Truppen der Mittelmächte von ihrem Kampfpfeil gegen die proletarische Revolution in der Ukraine und in Südrussland ab. Ehe die Ablösung eintritt, schicken die Ententemächte eine freche Drohnote gegen die revolutionären Parteien und Organisationen voraus.

Die revolutionäre Ukraine wird sich durch die Drohnote nicht einschüchtern lassen und gegen die konterrevolutionären Ententetruppen wird sie kämpfen.

### Befreiung deutsch-mährischer Städte durch die Tschecho-Slowaken.

Wien, 25. November. (W. Z. B.) Dem Wiener Tel.-Korr.-Büro wird aus Prag gemeldet: Die Befreiung deutsch-mährischer Städte in Nord- und Südmähren durch die Tschecho-Slowaken dauert an. Die Städte Bohrlitz und Julnet sind befreit. Die deutschen Volkswachen und Gemeindegemeinschaften wurden verhaftet. In Bohrlitz sind Plünderungen vorgekommen.

### Das Gericht.

Am 4. August 1914 hat der letzte Hohenzoller in seiner Thronrede also zum Reichstag gesprochen:  
„Was treibt nicht Eroberungslust, was befeuert der unbegreifliche Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter. Aus den Schriftpfänden, die Ihnen zugegangen sind, werden Sie ersehen, wie kleine Regierung und vor allem mein Kanzler bis zum letzten Augenblick bemüht waren, das Äußerste abzuwenden. In aufgedrungener Notwehr, mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert.“ Und „mein Kanzler“ schreite: „Wir sind jetzt in Notwehr und Kollektur kein Gebot.“  
Sie waren zum Lügen geboren, zum Lügen bestellt. Aber andere waren, die waren zur Wahrheit geboren, zur Wahrheit bestellt. Sie waren vom deutschen Volke, vom deutschen Proletariat erwählt um der Wahrheit willen, sie waren gewählt, damit sie redeten, wo die Verbrecher schwiegen, damit sie widerlegten, wo die Verbrecher redeten. Was taten sie? Man braucht die für die deutsche Sozialdemokratie, für die Internationale, für die Welt so tragische Stunde nicht wieder in die Erinnerung zu rufen; als die deutsche sozialdemokratische Fraktion am 4. August 1914 allen Lügen, allem Schwindel willig Resonanz ließ, als sie den Ruf von Kaiser und Kanzler aufnahm und Europa in den Abgrund rief.  
Aber noch mehr. Mag man sagen, der Beschluß vom 4. August sei in einem Augenblick pöppeliger Bewirrung, in jener epidemischen Kriegspychose gefallen, die in jenen Tagen herrschte — was den Menschen entschuldigen, den Politikergleichfalls richtig wurde —: die deutsche Sozialdemokratie hat...

Man kennt jene Reisen, die die Südeuropa, Jassow nach Italien, nach Skandinavien, nach Rumänien machten, um dort unsere „gerechte Sache“ zu vertreten, der Oberst, Brunn, Moltenhuth, Müller, Fischer in die Schweiz, um beladen mit schweren Päckchen deutscher Weibsbücher das Licht der Erkenntnis zu verbreiten. Auch damit nicht genug.  
Man hat sogar ein eigenes Dezernat gegründet, um die „Wahrheit“ in Marsch zu setzen: Herr Dr. David hat es übernommen, die deutsche Regierung weiß zu waschen. In Reichstagsreden, in Artikeln in der „Frankfurter Zeitung“ und in einem Buche — 200 Seiten stark — entledigte er sich seiner Aufgabe mit dem Schluß:  
„Die Behauptung, die Leiter der deutschen Politik hätten den Krieg gewünscht und angezettelt, fällt sowohl bei Betrachtung der diplomatischen Einzelvorgänge in sich zusammen.“  
Das war der „asthmatische“ Beweis.  
Den Vogel freilich schloß der Mann ab, der zum Findeburg ging, der, bevor er zu ihr ging und nachdem er von ihm kam, in der Chemnitzer Volksstimme Giftgase verbreitete, und jetzt vom Berliner Zentralrat aus ganz Deutschland in den Kreis seiner Betätigung zieht: Ernst Heilmann. Er brachte in der „Neuen Zeit“ das Gegenwort fertig, zu beweisen: nicht nur, daß Deutschland an diesem Kriege unschuldig sei, nicht nur, daß Frankreich diesen Krieg verschuldet, nicht nur, daß die Hauptschuld die Redaktion der „Humanität“ treffe, die eine Leipeche gefälscht habe (!), sondern daß die ganze Internationale die Pflicht habe, die Schuld der Entente am Kriege zu geißeln, die Jassow bis in die Redaktion der „Humanität“ zu verfolgen und ihr ganzes moralisches Gewicht für die deutsche Sache in die Waagschale zu werfen.“ Das zu beweisen brachte Herr Heilmann fertig. Herr Heilmann ruhe in Frieden, und weiter: zu anderem.  
In derselben Zeit, als Herr Dr. David seine 200 Seiten schrieb mit der oben zitierten „Feststellung“, lag unsere Genossin Luxemburg hinter Gittern und schrieb eine Broschüre, die unter dem Pseudonym Jumi erschien und den Titel trägt: „Die Krise der deutschen Sozialdemokratie.“  
Sie fällt ihr Urteil kalt und klar, auch nur auf Grund der „Ihnen zugegangenen Schriftpfände“ des deutschen Weibsbüches, und fällt es so:  
„Das deutsche Weibsbuch erklärt uns klipp und klar: 1. daß die österreichische Regierung vor ihrem Schritt gegen Serbien Deutschlands Einwilligung eingeholt hatte; 2. daß die deutsche Regierung sich vollkommen bewußt war, daß das Vorgehen Österreichs zum Kriege mit Serbien und in weiterem Verfolge zum europäischen Krieg führen würde; 3. daß die deutsche Regierung nicht zur Nachgiebigkeit rief, sondern ungelehrt erklärte, daß ein nachgiebiges, geschwächtes Österreich kein würdevoller Bundesgenosse mehr für Deutschland sein könnte; 4. daß die deutsche Regierung Österreich vor dessen Vorgehen gegen Serbien auf alle Fälle den Beistand im Kriege leist zugesichert hatte, und endlich, 5. daß die deutsche...

Regierung hat bei allem die Kontrolle über das entscheidende Ultimatum Serbiens an Serbien, an dem der Weltkrieg hängt, nicht vorbehalten, sondern Serbien völlig freie Hand gelassen hatte.

Vor allem aber sah Karl Siebtschacht im Reichstag und im Abgeordnetenhause und schiederte als Erster und Einziger dem Kanzler und den bürgerlichen Parteien immer wieder das Wort ins Gesicht: „Ihr seid die Verbrecher, Ihr habt den Krieg gewollt, die Vergeltung wird euch treffen!“ Schon am 2. Dezember 1914 lehnte er als Erster und Einziger die Kriegskredite ab und gab dabei zu Protokoll der Versammlung die folgende Erklärung ab:

„Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, und zwar besonders auch auf deutscher Seite mit dem Ziel von Eroberungen großen Stils. Es handelt sich auch um ein bonapartistisches Unternehmen zur Zertrümmerung und Demoralisation der rapide wachsenden revolutionären Arbeiterbewegung. Das Ultimatum von Sarajewo wurde als demagogischer Vorwand ausgerechnet. Das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli war der Krieg, der gewünschte Krieg. Alle späteren Friedensbemühungen waren nur Dekoration und diplomatische Winzergänge, gleichviel, ob sie von einzelnen Mitwirkenden ernst gemeint wurden oder nicht. Alles das haben die letzten vier Monate mit steigender Deutlichkeit gelehrt.“

Jene Schrift war längst erschienen, sie war längst allen bekannt geworden, der geistliche Ruf Karl Siebtschachts war längst hinter Buchhausmauern erklingend: da brachten die David und Scheidemann noch immer den Seierlasten vom überfallenen Vaterland; es brachte ja vor sechs Monaten noch Herr Scheidemann das Kunststück fertig, den Fürsten Bismarck für einen Narren zu erklären, die weil der „Volksmann“ Mayer, auf Grund der Akten (!) ihn für einen Lügner erklärte.

Und nun: diese Wahrheit! Man hat den Krieg gewollt, man hat den Krieg ersehnt, man stand mit pochendem Herzen, Serbien möchte „unter englisch-französischem Einfluß“ freiwillig das geben, was zu hohem der Vorwand werden sollte zum Waffengang!

So ganz ohne Ebbe und Flut vergingen freilich diese Tage nicht. Es kamen — um den 20. Juli, als England mit Bestimmtheit erkennen ließ, daß es an Frankreichs Seite in den Krieg treten würde — die Tage, da man im Reichstagskammeramt und im Auswärtigen Amt wieder Angst bekam vor dem eigenen Mute, als man zurückweichen versuchte; jene Tage, an denen dann der kronprinzliche Heer mit seiner Clique in Tätigkeit trat, der Tag, an dem der Berliner „Sozialanzeiger“ als williges Werkzeug jener Bande, die erlogenen Entwürfe verbreiten ließ, es sei die Mobilisierung beschlossen, die Nachricht, die bezweckt und erreicht, die russische Mobilisierung auszulösen, den letzten dünnen Faden zu durchschneiden, der das über dem Haupt Europas hängende Schwert noch hielt. Ach, es hat sich in all den langen Jahren kein Reichsanwalt gefunden, der dieser Verbrecher sich angenommen hätte: sie hatten ja alle Hände voll zu tun mit Spartaabteilungen, mit Beuten, die die Wahrheit verbreiteten, die Wahrheit, die in Deutschland Land und Luft geworden war.

Jetzt freilich hebt die große Klage an. Zu spät. Denn der geschichtliche Gang der Ereignisse kennt keine Süßes begangener Schuld: jetzt werden alle „diese Enthüllungen“, die so notwendig sind wie die Steue nach der Sünde, in den Händen der Entente doppelt und dreifach wirken zur Stärkung aller kontrerevolutionären Mächte. Hätten sie, die vier Jahre lang die Schwürzen der preußisch-deutschen Völkermörder waren, die Scheidemann, mit uns ihre Stimme erhoben, mit uns geklagt und angeklagt, wer würde heute noch in den Staaten der Entente nach solchen „Enthüllungen“ fragen? Sie würden nur wirken wie Laufendmal bereits Gefagtes, wie alte Bienen. Wenn jetzt, in diesem Lärm des Sieges und der „Rechtfertigung“ die Stimme des deutschen Proletariates selbst unterginge, so müßte auf seinem Grabstein stehen: *Patris culpa aquis submersus*: durch die Schuld seiner Führer zu Grunde gegangen.

## Militärische Schutzhaft.

Eine Gefängnisarbeit von Franz Mehring IV.

### Deutsche Freunde

Als ich am 15. August früh meinen Einzug in die Stadtvogtei hielt, wurde ich von den Gefängnisbeamten mit einigem Erstaunen — denn ein so altes Exemplar des genus homo hatten sie in ihrer bunten Menagerie noch nicht aufzuweisen — aber nicht ohne Wohlwollen empfangen.

Sobald ich in eine Zelle vor dem Witter eingesperrt worden war, suchte mich der Hefelweibel und deutete mir an, er hätte es besser mit mir im Sinne gehabt, aber von der Kommandantur sei der strenge Befehl eingelaufen, mich streng zu behandeln. Ich wurde dann für die Freistunde der Isolierten zwischen drei und vier Uhr auf den Hof gelassen, wo ich dreißig bis vierzig Parteigenossen vorfand, die zum Teil wegen Teilnahme an einer Straßenkumgebung, zum Teil aber gänzlich unwissend weshalb, von der Fabrik weg in Schutzhaft genommen worden waren. Ihre große Anzahl hatte immerhin die günstige Wirkung, daß sich auf dem engen Hofe der Gänsemarsch mit bestimmten Distanzen zwischen den Einzelnen nicht durchführen ließ, wodurch das Schweigegebot janzfälliger wurde. Sie begrüßten mich freundschaftlich, und einer von ihnen drückte mir besonders herzlich die Hand: „Ne, so was, Sie einsperren, Genosse Mehring! Was kann schon alter Mann noch groß anrichten!“ Ich konnte den Warden nur beglückwünschen, daß er vernünftigen Ermahnungen so viel zugänglicher war, als das Oberkommando in den Marken.

Als ich wieder oben war, suchte sich ein Unteroffizier irgend ein Gewerbe in meiner Zelle und meinte, ich solle mich doch am nächsten Morgen bei dem Gefängnisarzt melden und unter Berufung auf meinen schwächlichen Gesundheitszustand

Das deutsche Proletariat wird nicht zu Grunde gehen. Es das in diesen unendlich langen Jahren unendlich Schwere gelitten hat und Schwere noch werden müssen, kann keine Brüder in den anderen Ländern heißen, über den Verbrecher hinweg zu gehen, die jeden Tag zum gleichen Verbrechen bereit waren. War es nicht die französische Regierung, die 1908 um ihrer unvollständigen Eroberungen willen, waren nicht die französische, englische, russische Regierung 1909 um des türkischen Vorwandes willen bereit, diesen gleichen Krieg zu führen, der 1914 ausbrach? Und ist nicht da und im Sommer 1911 und im Frühjahr 1918 derselbe Krieg nur deswegen vermieden worden, weil der eine oder andere von den lauernden Brandstiftern nicht bereit war, schon jetzt das Spiel zu wagen? Nur die Zeit war es, was sie trennte. Daß das Spiel gespielt werden müsse, war eines Tages um der imperialistischen Eroberungen der Regierung willen, die geheuten Wälder blüten mühten, das Land für sie alle fest, die Lloyd George, Clemenceau, Poincaré und Wilhelm II. Ueber allen stand der starke gebietende Wille der profitheischenden, imperialistischen Bourgeoisie, die ihnen allen in die Ohren rief: Arrangez vous jenz, messieurs: sehen Sie, meine Herren, und Deutschland legte zuerst Karte und Geld auf den Tisch, um Geld und Gut zu verlieren.

Das Spiel ist aber nicht zu Ende. Derselbe unerfättliche Bourgeoisie jetzt weiter und fordert neues Spiel. Sie wird es fordern solange bis die Proletariat aller Länder sich erheben und Spiel und Spieler zum Teufel jagen und jagen werden: das Spiel ist aus. Denn die Karten, mit denen dies graue Spiel gespielt wurde, die sind sein Fleisch und das Geld, mit dem die Rechnung beglichen wird, das ist sein Blut und eingeseht und all sein Blut. In tief schon sitzen die Spieler in den Schulden, zu fürchtbar sind schon die Lagen: die Stunde der Erhebung hat geschlagen.

Deutschland ist nun vorangegangen damit, die die um sein Geschick gespielt haben, vor das Gericht zu holen. Die Proletariat der anderen Länder müssen folgen, und das Urteil wird kein anderes sein; denn hinwieder, die Clemenceau und Lloyd George, Sonnino und Poincaré, Wilhelm Schenzelern und Nikolaus Romanoff: sie alle sind Früchte vom selben Giftbaum, die fallen werden, wenn die Art der sozialen Revolution die Wurzel trifft, den internationalen Kapitalismus.

Paul Levi.

## Politische Uebersicht.

### Die Hungerblase gegen den Sozialismus.

Wien, 25. November. (N. U.) Der hiesige argentinische Gesandte Dr. Parz veröffentlicht folgende Erklärung: Die Beförderung und der sozialisches Abtransport aller argentinischen Lebensmittel erfolgt unter der absoluten Voraussetzung, daß in Deutsch-Oesterreich Ruhe und Ordnung herrscht. Bei den geringsten Anzeichen bolschewistischer Unruhen oder sozialistischer kommunistischer Aufregungen werden alle Transporte aufgehoben und alle Lieferungsverträge annulliert.

### Die französischen Soldaten für die Demobilisierung.

Genf, 25. Nov. (N. U.) In der Sitzung der französischen Kammer am Freitag, in der die Frage der Demobilisierung besprochen wurde, kam es, wie sozialistische Blätter berichten, zu heftigen Zwischenfällen. Alle Kräfte waren mit Soldaten besetzt, die lebhaft für die Demobilisierung waren die Regierung demobilisieren. Alle näheren Einzelheiten sind von der Session unterdrückt worden. „Somme libre“ erklärt, die Demobilisierung hängt nicht allein von der Fricassee, sondern auch von internationalen Umständen ab. Die gesamte Kammeradresse verurteilt, die Kommandantur nachzuweisen, daß die Soldaten auch noch weiterhin unter den Waffen zu stehen seien, da allgemeine Strömungen bei der Auflösung der Front leinere ausgeschlossen seien.

### Die alte Leiter.

Gegen die jüngste Rundgebung Hindenburgs veröffentlicht Kurt Eisner, der bayerische Ministerpräsident, folgenden Protest:

„Der bisherige Generalfeldmarschall Hindenburg erklärt in letzter Zeit wiederholt Rundgebungen, die geeignet sind, aufs empfindlichste die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu stö-

die Aufhebung der Einzelhaft beanspruchen. Ich befolgte gern denn gut gemeintem Rat, fand jedoch in dem Urz — es war nicht der ständige Gefängnisarzt, sondern ein Stellvertreter — einen sehr kurz angebundenen Herrn, der auf einen Wunsch um Aufhebung der Einzelhaft zwar die unzweifelhafteste Wahrheit äußerte: „Da werden Sie auch nicht viel gebessert sein“, aber in einem Tone, der mich, da ich damals noch unter dem frischen Eindruck von „Europas überhöhter Höflichkeit“ stand, nicht eben auffrischte. Auf die Bemerkung eines anwesenden Unteroffiziers: „Es ist doch immer ein Unterschied, Herr Geheimrat“, erklärte der Herr Geheimrat jedoch, er werde die Aufhebung der Einzelhaft für mich beantragen.

Ob er seine Zusage erfüllt hat oder nicht, vermag ich nicht zu sagen; jedenfalls kam den Tag darauf der telephonische Befehl der Kommandantur, mich hinter das Gitter zu stellen. Hier verlebte ich drei trübliche Wochen, die mir nur erleichtert wurden durch einige nähere Freunde, die ich in der Stadtvogtei fand.

Da war zunächst mein alter Freund Marschall. Er stammt aus Kongreppolen und ist insoweit russischer Staatsangehöriger, hat aber in seiner Heimat den „fluchwürdigen Zarismus“, lange ehe die deutsche Heere gegen ihn marschierte, so energig bekämpft, daß er seit mehreren Jahrzehnten in Deutschland leben mußte. Hier hat er im Sinne des Sozialismus gewirkt, aber durch seine wissenschaftlichen Arbeiten auf nationalökonomischen Gebiet sich auch die Anerkennung der bürgerlichen Gesellschaft erworben. Bei Ausbruch des Krieges war es auf den Antrieb Marschalls und unter seiner wesentlichen Mitwirkung, daß der sozialdemokratische Parteivorstand eine Reihe von Maßregeln für die Volksernährung empfahl, die, wenn sie von der Reichsregierung beachtet und befolgt worden wären, der deutschen Nation unendliches Elend erspart haben müßten. Nach Aus-

ren. Der Ministerpräsident des Volkshauses Bayern nimmt Anlaß, gegen diese ebenso unglückliche wie unzulässige Einmischung des bisherigen Generalfeldmarschalls in die Politik einschlichen Protest einzulegen. Es ist nicht mehr an der Zeit, den im deutschen Volk angesammelten Jörn auf das feindliche Ausland ablenken zu wollen.“

Hindenburg ist augenscheinlich der angebliche Himmelweite Unterschied zwischen der alten und der neuen Regierung noch nicht recht klar geworden. Er dreht also ruhig die alte Leiter weiter, nur daß er eine den Umständen entsprechend veränderte Wolke einlegt. Früher sprach Bundenorski unter der Maske Hindenburgs, jetzt redet unter derselben Maske Ernster, der General der Regierung Ebert-Gaase. Das ist der ganze Unterschied zwischen heute und gestern.

### Keine Mißverständnisse.

Einzelne bürgerliche Blätter wiederholen noch immer die trübselige Meldung, daß ein Mitglied des Spartacusbundes bei der Regierung beteiligt sei. Wir stellen demgegenüber fest:

Daß der Spartacusbund weder in der Regierung, noch im Volksgut vertreten ist,

daß er es auch grundsätzlich ablehnt, mit Mehrheitssozialisten zusammen in deren Körperlichkeiten zu arbeiten.

### Bitte um Aufklärung.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In Ihrer Nr. 8 vom 23. d. M. finde ich den Abdruck einer Resolution, die am 21. d. M. in einer öffentlichen Volksversammlung einstimmig gefaßt worden ist und sich gegen den Kriegsgerichtsrat Wolff als „den unheimlichen Berater“ des Stadtkommandanten Wels richtet. Zur Ehre des Stadtkommandanten Wels will ich annehmen, daß hier irgendeine Personenverwechslung vorliegt. Denn der Kriegsgerichtsrat Wolff, der bis zum 9. November bei der Kommandantur tätig war, gehörte zu den eifrigsten Werkzeuigen des Belagerungszustandes und hat unglückliches Unheil über viele Berliner Arbeiterfamilien gebracht. Einiges aus seinem Treiben habe ich in meinen Erinnerungen aus meiner Schutzhaft notiert hier nur soviel, daß Wolff der Urheber des berühmten Falles Selts war, den Genosse Dittmann in der Sitzung des Reichstages vom 28. Oktober 1918 schilderte. Als die Waise, durch deren Verlesung Genosse Dittmann die lammfrommen Reichstagsabgeordneten vor Entsetzen und Scham von ihren Sitzen emporjagte, waren von Wolff bezeichnet, und mit Recht brandmarkte Genosse Dittmann diese Dokumente ewiger Schmach mit den Worten: „Da wüßte man doch wirklich fragen, sind es noch Leute von Fleisch und Blut, die eine solche Antwort zu geben vermögen, oder sind es moderne Folterknechte und Menschenhinder, die sich an den Seelenqualen anderer weiden und mit den heiligsten Gefühlen des Menschenherzens Schindluder treiben?“

Ich nehme, wie gejagt, an, daß der Wolff, der von Stadtkommandanten Wels „berät“, ein ganz anderer ist, als der Wolff des Falles Selts, aber nachdem einmal öffentlich die entgegengesetzte Behauptung laut geworden ist, muß wenigstens in einer „sozialistischen Republik“, eine Aufklärung durch den Stadtkommandanten Wels beantragt und erwortet.

### Aus Ihr?

Dem „Vorwärts“ haben die bayerischen Entstellungen über die Kriegsurfachen den Mund verfallen. Das kann wohl nicht um deswillen sein, was in den Entstellungen zutage trat; denn selbst Deuten, die nicht vier Jahre lang so wie im in allen Keimern herumknüffelten wie die vom „Vorwärts“, war der Inhalt dieser Entstellungen keine Reingebilde mehr. Die verfallene Sprache ist also mehr noch, darauf zurückzuführen, daß Derartiges hienüßl wird. Daran scheitern die Herren kein Interesse gehabt zu haben. Denn ebenso lange wie Genosse Eisner in München Präsident ist, so lange ist auch schon Herr Davis in Amt und Würden als Landesstaatssekretär des Auswärtigen Amtes. „Er war doch sonst ein mildes Blut“, er konnte doch sonst so viel schreiben über die „Ursachen des Krieges“, nun er die Wahrheit von der

schen Staatsmaximen verstand es sich aber von selbst, daß dieser glühende Gegner des Parismus als „feindlicher Ausländer“ behandelt wurde, sobald der Zar — nach der Darstellung des Reichslanzlers — in frivolister Weise den Krieg gegen Deutschland vom Zaune gebrochen hatte. Zimmerlin hatte es zunächst sein Bemühen dabei, daß Marschalls Aufenthaltsschuldung mit täglich zweimaliger Meldepflicht erlitt. Am 22. Mai 1918 aber wurde er verhaftet und in die Stadtvogtei spebiert, natürlich ohne Angabe irgend eines Grundes; als sein Anwalt beim Oberkommando in den Marken deshalb vorstellig wurde, erhielt er die lakonische Antwort: „Gründe werden diesfalls nicht angegeben.“

In russischen Kreisen hatte Marschalls ein ungetöbliches Talent fürs Brummen ausgebildet, eine unglückliche Elastizität des Körpers und Geistes, die ihn auch in der Stadtvogtei nicht verließ. Er war im ganzen Hause bekannt und beliebt, bei den Einen als guter Kamerad und kennnisreicher Plauderer, bei den Anderen — und zumal bei seinen politischen Randlesuten, die zahlreich vertreten, meist die Vermittler der Armen waren — als unerträglich Helfer und Tröster. Es entsprach deshalb wieder preußischen Staatsmaximen, daß er, als die Morgenröte des „neuen Volens“ anbrach, in das Gefangenenlager bei Habelberg abgeschoben wurde. Als Genosse John im Reichstage nach den Gründen dieser neuen begatorischen Maßregel fragte, hüllte sich der Staatssekretär Helfferich in tiefes Schweigen. „Gründe werden diesfalls nicht angegeben.“ In Habelberg hatte Marschalls noch Schlimmes und Schlimmeres zu tragen, bis ihn im Sommer 1918 noch mehr als zwanzigjähriger Schutzhaft die russische Volkshaft befreite.

Um nun aber auf meine Bemerkung zurückzukommen, so betreute mich Freund Marschalls mit dem ersten Tage meiner Haft in liebenswürdigster Weise. Sein immer fröhlicher Kopf mußte für mich alle die Kleinigkeiten zusammenbringen, die



# Die Jugendoberkammungen

Am 24. November waren sehr gut besucht. In Gabels Brauerei gab Genosse Schiller einen Rückblick auf die proletarische Jugendbewegung seit 1903. Während des Krieges ist die Zentralkomitee für die arbeitende Jugend, die von den Scheidemann-Sozialisten geleitet und finanziert wird, ganz in das Schlepptau der nationalen Jugendbewegung geraten; sie waren alle für die „nationale Verteidigung“. Die Revolution habe der Jugend noch keine neuen Rechte gebracht. Es bleibt der Revolution die Aufgabe, für das Proletariat die wirtschaftliche Macht zu erobern, die Ausbeutung der Arbeiter zu beenden. Wir fordern: sechsständige Arbeitszeit, längere Beurlaubung, Verzögerung der Beurlaubungsarbeit; politische Rechte mit 18 Jahren. Auf den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine Diskussion.

Nach Schluß der Versammlung bildete sich ein geschlossener Zug nach dem Schlosschen Behnhof, wo er mit dem Verbandsmitgliedern aus den Nachbarstädten zusammentraf.

In den Andreas-Festtagen sprach vor einer dichtgedrängten Menge, darunter zahlreiche junge Soldaten, der Genosse Dr. Liebknecht, der die politische Lage und die Aufgaben der Jugend verlegte. Besonders beachtenswert ist sein Hinweis, daß die Jugend sich das Recht zu politischer Betätigung nicht wieder entwinden lassen werde. In der Diskussion kam das Mißtrauen gegen die Scheidemann-Regierung ausgiebig zum Ausdruck; großes Interesse erregten die Ausführungen eines Redners zugunsten der Bolschewiki. Ein Vertreter der schweigenden Arbeiter-Jugend schlug ein mutiges Zusammengehen mit der freien Jugend vor. Ihm wurde erwidert, daß wir Einigkeit gleichfalls fordern, aber nur dann Einigkeit, wenn die Grundzüge uns gemeinsam sind, wenn die schweigende Jugendbewegung den Klassenkampfstandpunkt und die Jonaer Resolution anerkennt. Schließlich wurde mit allen gegen wenige Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die am 24. November 1918 in den Andreas-Festtagen zu Berlin tagende Jugend-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Liebknecht grundsätzlich einverstanden und protestiert gegen die niederträchtige Hebe, die gegen ihn und andere in demnütigen Bolschewiken der revolutionären Bewegung entfesselt ist. Die Jugend hat an der revolutionären Erhebung Opferreich teilgenommen und beansprucht auch weiterhin, die politischen Vorgänge zu beeinflussen. Sie will das Recht der Revolution fortzuführen wissen bis zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, der Verwirklichung der industriellen Großbetriebe und des Großgrundbesitzes. Sie sieht in dem Entwurf zum Wahlrecht für die Nationalversammlung eine Entrechtung der Jugendlichen unter 20 Jahren, die heute bereits zum Arbeiter- und Soldatenrat wahlberechtigt sind, und verweist deshalb und aus Gründen des Klassenkampfstandpunktes die Nationalversammlung grundsätzlich ab und fordert: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten! Sie erwartet von den arbeitenden Massen der anderen Länder den Anschluß an die Weltrevolution.“

Danach bildete sich der Demonstrationenzug mit einer roten Fahne und einer Tafel: „Nieder mit dem Spitzkampf“.

## Gewerkschaftliches und Soziales.

### Die Massen rollen.

Das Bürgertum und die Scheidemannsozialisten mögen sich noch soviel Mühe geben, das Proletariat durch einen Festtagstrümmel über das hinwegzuführen, was tatsächlich vorgeht — es gelingt nicht. Mit Fesseln und Gängelbändern usw. werden die heimkehrenden Kriegsteilnehmer empfangen, um das Volk in einen Nationaltrauer zu versetzen, über den es vergessen soll, wie man es um die Früchte der Revolution prellt.

Ein lächerlicher Gedanke, das Proletariat, das während der Kriegsjahre unter großen Opfern gegen den Militarismus und gegen das kapitalistische System angekämpft hat, mit einer Nationalversammlung, mit Fahnenschwund und Kränzen betrunken und die kapitalistische Ausbeutungsfreiheit beibehalten zu wollen. Damit mag man Kleinbürger und solche Arbeiterkinder einfangen, die in der politischen Erkenntnis zurückgeblieben sind; das sozialistische Proletariat gewinnt man damit nicht.

Wie die Zeitungen berichten, streifen im Osten und Westen große Teile der Bergarbeiter trotz aller Vereinbarungen, die die Gewerkschaftsführer mit den Zehenden abgehandelt haben. Im Ruhrrevier veröffentlichten die Unternehmer und Gewerkschaften einen gemeinsamen Aufruf, in dem es heißt, daß die Kohlenförderung gegenwärtig um etwa 100 000 T. pro Arbeitstag, also fast

ein Drittel gegen die Zeit vor wenigen Monaten zurückbleibt und zwar zum Teil wegen der Entlassung der Kriegsgefangenen, zum andern Teil wegen der Streiks auf vielen Zechen. Gleichwohl sei zwischen den Bergarbeiterorganisationen und dem Zehendenverein eine Vereinbarung erzielt worden, also derart, daß die Arbeitszeit für jeden einzelnen Mann von dem Beginn der Einfahrt bis zum Ende der Ausfahrt 8 Stunden beträgt. Trotzdem kommt es „infolge immer weitgehender Forderungen der Bergarbeiter“ immer wieder zu Ausfällen, obwohl Hue und andere Gewerkschaftsführer im Schwere ihres Angefichts bemüht sind, dem Zehendenkapital Arbeitswillige zur Ausbeutung zuzutreiben.

Aus Oberhessen meldete M. E. B. unterm 23. November: Der Bergarbeiterstreik hat sich fast auf das ganze oberhessische Kohlenrevier ausgedehnt und überall einen recht erheblichen Umfang angenommen. Die Telegraphen-Union berichtet weiter am 23. November: Auf der Berginspektion 1 und 2 ist alles eingefahren, dagegen ist auf der Berginspektion 3 der Ausfall noch auf den Delbrück-Schächten und in Arnsrod ziemlich allgemein. Auf den Rheinbaben-Schächten wird noch zur Hälfte gestreikt. Bei der heutigen Frühinspektion waren ausständig: Berginspektion 4 etwa 1530 Mann, Hohenzollern-Grube 854 Mann, Alexander-Grube 1012 Mann, Preußen-Grube 712 Mann, Fürstengrube 250 Mann, Radionlau-Grube 854 Mann, Emmerichs-Grube 210 Mann, Karlsruher-Grube 646 Mann, Römer-Grube 926 Mann, Br.-Schacht 330 Mann, Westfälische Bergbau 109 Mann, Ludwigslüder-Grube 799 Mann.

Inwiefern diese Meldungen vom Abflauen des Streiks zu sprechen, oder es bloße Abweigelungsmanöver sind, mag dahingestellt bleiben. Sicher ist, die Massen sind unzufrieden, und wo der Streik wirklich abgeflaut hat, kann er leicht neue aufflammen.

Wie sieht es denn anderwärts aus? Die „Deutsche Tageszeitung“ vom 25. November sagt, der „Bolschewismus“ greife in den Gasziken zu Berlin immer mehr um sich:

„Die Arbeiter erscheinen pünktlich, legen ihre Mäntel ab, lesen ihre Zeitungen und fangen dann langsam mit der Arbeit an. Diese wird dann durch Beratungen, Erörterungen und Versammlungen in den Betriebsräumen unterbrochen. Die Unternehmer sind ebenso machtlos wie die Beamten. Alle Macht ist in den Händen der Arbeiterausschüsse vereinigt. Bei der Umstellung der Betriebe von der Kriegs- zur Friedensarbeit, bei dem Angebot von Arbeitskräften, der Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer, der Ausführung von Aufträgen und den Arbeitsmethoden, der Arbeitsteilung u. a. haben jetzt die Arbeiterausschüsse das entscheidende Wort. Wenn in den Ausschüssen nur ruhige, erfahrene Arbeiter sitzen, möchte es noch gehen, oft haben aber die Heißsporne Oberwasser und führen das große Wort. Die Folgen zeigen sich schon. Die Beamten, die es ermöglichen können, kehren den Rücken den Mänteln, oder werden entlassen. Neue Aufträge sind sehr schwer abzuschließen, weil die Arbeitsleistungen zurückgehen, die Maschinen infolge verschiedener Ursachen oft verfallen und die Zustände sich verschlechtern. Die Ursache nimmt eher zu als ab, und darin liegt die größte Gefahr.“

Das Wort mag mit seiner Veröffentlichung bestimmte Absichten verfolgen; jedenfalls hat es laienhaftes Recht, als die Empörung der Arbeiter sehr groß ist. Die Proletarier wollen sich von den Scheidemannern nicht um die Früchte der Revolution bürden lassen.

Die Massen rollen! Eine Stunde Arbeitsverlängerung, einige Wochen Lohnherabsetzung beruhigen sie nicht — sie wollen das System beenden, die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel herbeiführen. Ohne das gibt's keine Ruhe!

## Aus Groß-Berlin.

### Gassterrückstände.

In der Kohlenstraße Groß-Berlin fand gestern eine Besprechung statt, in der über die Kohlenversorgung Groß-Berlins berichtet wurde. Danach haben die Arbeiterniederlegungen in den oberirdischen Gruben und die verminderte Kohlenzufuhr aus Westfalen Verhältnisse geschaffen, daß der Verbrauch mehr eingeschränkt werden muß. Groß-Berlin gebraucht für die Gas-, Elektrizitäts-, Wasser- und Kanalisationszwecke und die Industrie monatlich 300 000 Tonnen Steinkohlen. Vorhanden sind zurzeit etwa 145 000 Tonnen, so daß die Versorgung nur für 14 Tage gesichert ist. Der tägliche Bedarf von 10 000 Tonnen Steinkohlen wird, abgesehen die Zufuhren aus Oberhessen und Westfalen nicht aufgeführt, nicht mehr erreicht. Kleine Maßnahmen genügen nicht, da die Verkehrsverhältnisse sich immer mehr zuspitzen, es müsse zu den höchsten Maßregeln gegriffen werden. Vorgezogen ist folgendes:

Die Straßenbeleuchtung soll weiter vermindert werden. In der Industrie muß der Arbeitstag auf fünf Stunden eingeschränkt werden, die Polizeistunde soll um 1/12 Uhr aufhören um 1/12 Uhr eintreten. Der Straßen- und

Hochbahnverkehr wird um eine Stunde verkürzt und die Läden, bis auf die Verkäufe von Gemüß- und Lebensmitteln, werden um fünf Uhr nachmittags schließen. Ein späterer Beginn am Vormittag wird zur Ersparrung der Morgenbeleuchtung notwendig werden, auch die Postämter und Bergnützungsstellen sollen eine Verminderung der bisher bewilligten Beleuchtungsprojekte erfahren. Die Theater und Kinos sollen in ihrer Schließ- und Lichtbewilligung nicht verkürzt werden, nur werden sie, entsprechend der früheren Polizeistunde, früher aufhören müssen. Die Beleuchtung in den Privathaushaltungen, die hauptsächlich in dem mit Elektrizität versehenen Westen stark übertrieben wurde, muß derart eingeschränkt werden, daß in jedem Zimmer nur eine Flamme brennt.

### Republikanische Soldatenwehr.

Die bürgerliche Presse ist in der Lage, folgendes mitzuteilen: Die Soldatenwehr, die auf Veranlassung der Kommandantur in Berlin zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und zur Aufrechterhaltung der Erntemaschinen der Revolution in der Bildung begriffen ist, soll eine Gesamtstärke von 10 000 Mann erreichen. Sie besteht in der Hauptsache aus jungen Truppen, die kurz vor ihrer Entsendung ins Feld standen und setzen sich aus Angehörigen der verschiedenen Berliner Regimenter zusammen. Den Grundstock bildet das Magdabergregiment. Es handelt sich also nicht um eine Bürgerwehr, sondern ausschließlich um eine Soldatenwehr. Es ist den Angehörigen der Wehr jedoch freigestellt, ob sie in der Kaserne oder zu Hause wohnen und versorgt werden wollen. Danach richtet sich auch die Löhnung — 11 M. bzw. 6 M. für den Tag —, die etwa dem heutigen Arbeitsverdienst entspricht.

Die verschiedenen Berliner Regimenter setzen sich aus jüngeren Leuten von außerhalb zusammen, die das kaiserliche Regime hier zusammengeworfen hatte. Kommandant Weiss tritt ganz in die Fußstapfen seiner Vorgänger, um Berlin zu — beruhigen.

Wie es gemacht wird. In der am Sonntag abgehaltenen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates Neukölln erklärten „Genosse“ Fischer als Vertreter des Stadtkommandanten Weiss, er wolle zur Einigkeit und jammere Fremden an über die ständlich zunehmende Unsicherheit in Berlin, die besonders der Lebensmittelschicht harmvoll sei. Er klagte, daß nicht genügend Berliner Mannschaften vorhanden seien um die in diesem Umkreise entgegengetretenen und erbot Neuköllner Hilfe. Sie wurde ihm im Hinblick auf die Lage gewährt. Er beordnete 40 Mann nach Tempelhof, ein Kommando mußte ebenfalls sofort nach dem Hauptversteckhof fahren. Nach stundenlangem Verhandeln durch Tempelhof und nach Nachfragen bei allen Anwesenden lehrten die Mannschaften endlich einverstanden zu sein, um die Nachschub zu übernehmen, daß ein Kommando von seiner Seite am nächsten Morgen gegeben sei, es sei denn, daß man die Hilfe der Mannschaften um Erziehung eines Inspektors dafür ansetzen wolle.

Wer schafft nun die Unordnung? Auf der einen Seite die Klagen über Mangel an Mannschaften, auf der anderen nutzlose und demagogische Zureden bewende Arbeiterorganisation. Während, wenn man den Worten Fischer überhaupt irgend welchen Glauben schenken will, die Lebensmittelschicht und die Arbeiter nicht geteilt werden können, weil Mangel an zuverlässigen Mannschaften, läßt sich die Unruhe und Unordnung von ihnen nicht durch die Stadt erreichen. Sein Demagogie scheint, der am Sonntag in den Straßen Berlins die laienhaftesten Reden mitunter erwiderten und jickel umhertrachteten Kameraden gesehen hat.

Neukölln. Eine am 22. November abgehaltene Versammlung der hiesigen Arbeiter- und Soldatenräte sprach den zurzeit amtierenden Soldatenrat das Recht ab, ohne die Zustimmung der Neuköllner Soldaten und Bürger unter Mitwirkung des Soldatenrates der Stadt eine Bürgerwehr ins Leben zu rufen. Die Bürgerwehr diene zum Schutze der Bürger und könne daher nur eine Angelegenheit der Bürger selbst sein. Außerdem wurde folgende Reso-

lution angenommen: Die versammelten Arbeiter, Deserteure und heimgekehrten Krieger Neuköllns fordern entschieden Anerkennung ihrer gewählten Vertreter im Soldatenrat und Vollzugsbefehl und zwar mindestens in gleicher Stärke mit den Vertretern der hiesigen Garnison. Sie fordern den Vollzugsbefehl auf, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß alle in Neukölln bestehende Militär- und Polizeimacht unter der ausschließlichen Befehlshaben der Kontrolle des Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrates steht. Die Versammelten hatten sich bereit, den Vollzugsbefehl in diesem Betreben energisch zu unterstützen.

Für den Spartakusbund (Bezirk Neukölln) gingen ein aus dem 4. und 5. Bezirk für Unterstützung und Agitation 2,2 — M. Genosse Gohl 1,50 M. Weitere Beiträge nimmt entgegen: Spartakusbund, Neukölln, Redakteur 3.

Au die Jugend! Am Mittwoch, den 27. November, abends 7 1/2 Uhr, findet im Restaurant: Café Bellevue, Dönhofsplatz 2, eine gemeinsame Jugend-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Jugend einmündig! 2. Freie Ausdrucksweise. Freie Jugend Groß-Berlin Ortsgruppe Dönhofsplatz.

## Urlauber und Deserteure Berlins!

Am Donnerstag, den 28. November in den Gophienhöfen, Gophienstr. 17/18, 11 Uhr vorm.

### Versammlung

der Urlauber und Deserteure Berlins

Referent: Karl Liebknecht.

Der rote Soldatenbund.

### Achtung.

## Frontsoldatenversammlung

Am Mittwoch, den 27. Nov.

11 Uhr vormittags:

in den Gophienhöfen, Gophienstraße 17/18.

Tagesordnung: Bericht des Frontsoldatenrates. Verschönerung.

Der Frontsoldatenrat: gez. Schulz. Wollig.

## Stettin!

Spartakusleute melden sich bei Wagner, Bogislavstr. 16<sup>III</sup>.

## Dresden!

Abonnenten-Annahme für Dresden:

Emil Neugebauer, Grenadier-Strasse 2<sup>II</sup>

Zeitungshändler wollen sich daselbst melden.

Verlag „Die Rote Fahne“.

## Leipzig!

Abonnenten-Annahme für Leipzig:

Ferdinand Pogonoff, Kurprinz-Strasse 9<sup>I</sup>

Daselbst wollen sich auch Zeitungshändler melden.

Verlag „Die Rote Fahne“.

## Genossen, „Rote Fahne“

in den einzelnen Stadtteilen Berlins übernehmen wollen, werden sofort gesucht. Meldung:

Wilhelmstraße 114 II.

„Spartakusbund“.

## Lüchtige Verkäufer

für „Die Rote Fahne“ werden angenommen.

Neukölln, Redakteurstr. 2.

Revolutions-Postkarten.

Illustrierte, farbige, blaue, gelbe, grüne, violette, weiße, schwarze, alle für Stabandauer. Großer Vertrieb. Berliner Fabrik, Berlin SW. 11, Gophienberger Straße 9/10.

Soeben erschienen:

## Nervosität

Heilung und Verhütung der Nervosität. Auf Grund der neuen Forschungen der mod. Wissenschaft gemaltes, vorzügliches, dargelegt von Dr. med. Glatz. Gegen Einsendung von M. 2,75 oder Nachh. 25 Pf. mehr zu beziehen von J. Bauer, Hygiene-Verlag, Frankfurt a. M., Mainzerlandstraße 110.